

# Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus?

Eine Replik auf Jürgen Habermas

Von **Wolfgang Streeck**

**I**n seiner Rezension meines Buches „Gekaufte Zeit“ diagnostiziert Jürgen Habermas bei mir „nostalgische“ Gefühle für den guten alten Nationalstaat.<sup>1</sup> Eigentlich hätte klar erkannt werden können, dass es mir nicht um den Nationalstaat als solchen geht, sondern um die demokratischen Institutionen, die er, und immer noch nur er, allen postdemokratischen Bemühungen zum Trotz denjenigen zur Verfügung stellt, die sich dem supranational organisierten Vormarsch des Neoliberalismus entgegenstellen wollen. Warum das eine „nostalgische Option“ sein soll, entzieht sich meinem Verständnis. Umso erstaunlicher ist es, wie salopp einige andere Rezensenten meines Buches die von Habermas ausgegebene Parole als Totschlagargument glaubten weiterverbreiten zu sollen.

Der Vorgang zeigt, dass ich zu Unrecht gedacht habe, ich könne mir den Luxus erlauben, mich zu europäischer Politik zu äußern – und sei es auch nur zur Europäischen Währungsunion –, ohne einleitend abzulegen, was man in Deutschland bei solchen Gelegenheiten offensichtlich einleitend ablegen muss, nämlich ein „europäisches Bekenntnis“. Hiermit korrigiere ich mich und gebe mich nunmehr auch dem Uneingeweihten als enthusiastischen Bürger eines auf dem Weg und teilweise schon in der Welt befindlichen Europa der Völker als einer einzigartigen, nationenübergreifend gemischten Gesellschaft zu erkennen, deren Mitglieder ihre real existierenden Unterschiede, statt sie zu verleugnen oder zu unterdrücken, auf erstaunliche Weise zu kombinieren und ihre kollektiven Identitäten untereinander zu ergänzen und miteinander weiterzuentwickeln gelernt haben – eines Europa des friedlichen Ineinander- und Zusammenwachsens unterschiedlicher Weltansichten und Lebensweisen, jeweils aus einer eigenen, gegenseitig aber niemals völlig fremden Vergangenheit oder Kombination von Vergangenheiten hervorgegangen, in denen wir heute, nach dem Ende der (west-)europäischen Landkriege, unterschiedliche besondere Ausprägungen einer allgemeinen

1 Vgl. Jürgen Habermas, Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: „Blätter“, 5/2013, S. 59-70; anschließend erschienen in ders., Im Sog der Demokratie, Kleine politische Schriften XII, Frankfurt a.M. 2013, S. 138-157.

*conditio europaea*, wenn nicht *humana*, erkennen, respektieren und miteinander in Leben und Arbeit verknüpfen können.

Dieses Europa, in dem ich mich, das darf ich versichern, auf das Glücklichsste zu Hause fühle, hat freilich mit dem Europa, zu dem sich die Bundeskanzlerin unter dem Beifall der rot-grünen Opposition auf deren Drängen hin „bekannte“ – nämlich einem „Europa“, das „gescheitert“ wäre, wenn die Währungsunion (!) scheiterte<sup>2</sup> – nichts zu tun. Das Europa, zu dem ich mich bekenne, hat sich nicht nur lange vor der Währungsunion und ohne sie auf den Weg gemacht, sondern wird durch sie in seiner Wirklich- wie Möglichkeit auf das Gefährlichste bedroht. Dies deshalb, weil die Währungsunion nichts anderes ist als ein rabiates Konvergenzprogramm, das die Teile unseres Kontinents, die noch nicht marktgerecht durchrationalisiert sind – deren „Subsumtion“ unter die Logik kompetitiver Kapitalakkumulation noch aussteht – dazu zwingen soll, sich bei Strafe fortschreitender Verarmung auf dem Weg über sogenannte Strukturereformen endlich im Lager der für den Fortschritt der globalen Marktwirtschaft unbedingt benötigten bereitwilligen Dauerverlierer einzufinden.

### **Fatale Kontinuität: Die politische Gemeinschaft als Geldgemeinschaft**

Ich möchte mit der mir von der Redaktion eingeräumten Möglichkeit einer Antwort auf Jürgen Habermas versuchen, meine Leser und vielleicht sogar meinen Rezensenten dafür zu gewinnen, sich von der in Deutschland erstaunlich tief verwurzelten Gleichsetzung der Europäischen Währungsunion mit „Europa“, und sogar der „europäischen Idee“, loszusagen – auch auf die Gefahr hin, von den zahlreichen Gralshütern der Milch der frommen europäischen Denkungsart als kleinstaaterisch-nationalistischer Nostalgiker aus Europa ausgebürgert zu werden. Immerhin drängt sich der Gedanke geradezu auf, dass die Gleichsetzung von Euro und Europa in der Kontinuität der deutschen Nachkriegszeit mit ihrem „DM-Nationalismus“ (Habermas) liegen könnte: die politische Gemeinschaft als Geldgemeinschaft, mit dem Symbol ihrer Geldeinheit als Totem, bzw. der Geldpatriotismus als historische Vor- oder Ersatzform eines Verfassungs-, wenn schon nicht Lebensformpatriotismus.

Anders als von ihren Gründern vertraglich vorgesehen ist die Währungsunion bisher alles andere gewesen als ein Vehikel zu einer „ever closer union among the peoples of Europe“. Tatsächlich war das „geeinte Europa“ seit einem halben Jahrhundert nicht mehr so uneins wie heute. Gezielte gegenseitige Beschuldigungen der Staaten und Regierungen kommen zusammen mit erneuerter, oft erschreckend emotionaler Feindseligkeit der Bürger gegeneinander. Auf der Ebene der Staatsapparate ist der Beitrittsprozess ins Stocken geraten, Großbritannien arbeitet an der Lockerung seiner Mitgliedschaft, wenn nicht an ihrer Beendigung, und Dänemark und Schweden wer-

2 Angela Merkel, „Scheitert der Euro, so scheitert Europa“ – Regierungserklärung vom 26.10.2012.

den der Währungsunion nun wohl endgültig fernbleiben. Auf der Ebene der staatsbürgerlichen Lebenswelten sind nationalistische Klischees und nationale Identifikationen machtvoll zurückgekehrt, die wieder wie früher auf Abgrenzung und gegenseitige Verachtung hinauslaufen und dem Ineinanderwachsen europäischer Lebensformen, an dem wir uns so lange beteiligen durften, ein Ende zu bereiten drohen.

Nicht zu leugnen ist, dass es vor allem gegen die Deutschen geht. Diese müssen mit Entsetzen feststellen, dass dieselbe Währungsunion, die ihnen von ihren Regierungen, egal welcher Couleur, als Schlussstein ihrer „Westernisierung“<sup>3</sup> angedient wurde, sie nun mehr und mehr von ihren Nachbarn isoliert. Alte Klischees kommen wieder ans Tageslicht, die man längst vergessen glaubte, etwa von den Deutschen als lebensfeindlichen Zuchtmeistern.<sup>4</sup> Umso erstaunlicher muss erscheinen, dass Regierung und Opposition in Deutschland, in völligem Einklang mit Industrie und Gewerkschaften, das Fortbestehen der Währungsunion zu einem heiligen Nationalinteresse erhoben haben und fanatisch bestrebt sind, jeden Gedanken an eine Rückabwicklung des Euro, von links wie rechts, aus dem deutschen Verfassungsbogen zu vertreiben. Begleitet wird dies von mehr oder weniger expliziten Versprechungen, dass die neue deutsche Isolation ein Ende haben werde, wenn „wir“ die anderen erst einmal mit „Wachstumsprogrammen“, Eurobonds, von „uns“ gesponserten Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und dergleichen mehr aus dem gerettet haben werden, was angeblich nicht mehr ist als eine einmalige, aus einem Zusammentreffen unglücklicher Umstände entstandene zeitweilige „Krise“.

## Die große Illusion

Dies aber wird sich schon bald als Illusion erweisen, und zwar weil den gegenwärtigen Konflikten, wie ich in „Gekaufte Zeit“ und an anderer Stelle<sup>5</sup> ausgeführt habe, erhebliche Unterschiede in Struktur und Funktionsweise zwischen den in der Währungsunion zusammengezwängten Volkswirtschaften zugrunde liegen. Diese sind nicht nur technischer Natur, sondern gehen auf lange gewachsene und politisch nur begrenzt und kurzfristig überhaupt nicht disponible Unterschiede zwischen sozialen Strukturen und kollektiven Lebensweisen zurück.<sup>6</sup> Die Währungsunion, so beileibe nicht nur meine These, hat den in Europa nebeneinander existierenden unterschiedlichen Wirtschaftsweisen eine einheitliche Geldordnung überge-

3 Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

4 Von Jean-Luc Mélenchon, dem Mitvorsitzenden der französischen Linkspartei, ist etwa zu hören: „Von denen, die Lust am Leben haben, will niemand Deutscher sein [...] Wir sind immerhin zufrieden, Kinder zu haben“ ([www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 10.6.2013).

5 Wolfgang Streeck, *Nach der Krise ist in der Krise: Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaats*, in: „Leviathan“, 2/2013, S. 1-20.

6 Mit dieser Überzeugung bin ich wahrhaftig nicht alleine; vgl. zum Beispiel den wichtigen Aufsatz von Peter Hall, *The Economics and Politics of the Euro Crisis*, in: „German Politics“, 4/2012, S. 355-371.

stülpt, mit der diese nicht gleichermaßen gut leben können.<sup>7</sup> Dass sie dies könnten und wollten, wenn nicht sofort, dann doch in ein paar Jahren, war und ist die Lebenslüge der EWU, die heute dabei ist aufzubrechen, mit unabsehbaren Schäden für das friedlich-freundschaftliche Zusammenleben der europäischen Völker.

Umso wichtiger ist es zu betonen, dass die Europäische Währungsunion eben nicht „Europa“ ist – pace Merkel, Steinbrück und Habermas –, sondern eine zwischenstaatliche Vereinbarung über eine gemeinsame Währung und ihre Verwaltung. Soweit sie Europa „einigt“, tut sie dies, indem sie den an ihr beteiligten Staaten gleichermaßen die Möglichkeit nimmt, eine eigene, an ihre jeweils besondere Situation angepasste Geldpolitik zu verfolgen. Insbesondere hindert sie sie daran, ihre Währungen gegeneinander auf- oder abzuwerten. Insofern läuft die Währungsunion im Innenverhältnis auf die Rückkehr zu einem internationalen Goldstandard hinaus, wie er bis in die 1920er Jahre hinein zwischen den damals mehr oder weniger industrialisierten Ländern zumindest auf dem Papier bestand.

Probleme mit einem internationalen Goldstandard oder einer Währungsunion entstehen immer dann, wenn die beteiligten Länder unterschiedlich „wettbewerbsfähig“ sind. In einem gemeinsamen Markt befindet sich ein Land mit geringerer „Wettbewerbsfähigkeit“ in der Gefahr, immer weiter hinter die führenden Länder zurückzufallen, da ihm die Möglichkeit versperrt ist, als Notmaßnahme zur Verbesserung seiner Position seine Landeswährung abzuwerten. Stattdessen muss es, wenn es fortschreitende Verarmung vermeiden will, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch innere Abwertung erhöhen, kurzfristig durch Kostensenkung, etwa bei Löhnen, Renten und öffentlichen Ausgaben, und längerfristig durch Anpassung seiner wirtschaftlichen Institutionen und sozialen Strukturen an die Erfordernisse des internationalen Wettbewerbs. Regierungen, die sich an „Reformen“ dieser Art versuchen, setzen sich allerdings dem Risiko aus, von ihren Bürgern nicht als Verteidiger ihrer, sondern als Agenten fremder Interessen wahrgenommen und abgelehnt zu werden. Dies war, wie bereits Karl Polanyi gezeigt hat, einer der Hauptgründe für das Scheitern demokratischer Staaten in der Zwischenkriegszeit und für die Abkehr vom internationalen Goldstandard in den 1920er Jahren.<sup>8</sup>

Nicht, dass die Probleme einer gemeinsamen Währung für unterschiedlich wettbewerbsfähige Volkswirtschaften bei Einrichtung der Europäischen

7 Die wichtigsten Einsichten hierzu stammen von Fritz Scharpf, vgl. zusammenfassend: Fritz Scharpf, Solidarität statt Nibelungentreue, in: „Berliner Republik“, 3/2010; ders., Mit dem Euro geht die Rechnung nicht auf, in: „MaxPlanckForschung“, 3/2011, S. 12-17; ders., Rettet Europa vor dem Euro, in: „Berliner Republik“, 2/2012, S. 52-61. Außerdem Martin S. Feldstein, The Euro and European Economic Conditions, National Bureau of Economic Research, Working Paper 17617, Cambridge/Mass. 2011. Oskar Lafontaine, Heiner Flassbeck und Sahra Wagenknecht haben sich der Argumentation kürzlich, wenn auch mit leicht modifizierten Begründungen, angeschlossen (Lafontaine erklärt seine Abkehr vom Euro mit dem Ausbleiben einer für ein gutes Funktionieren der Währungsunion angeblich unentbehrlichen koordinierten Lohnpolitik.).

8 Vgl. Karl Polanyi, The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time, Boston 1957 [1944]. Vgl. dazu auch Mark Blyth, Austerity: The History of a Dangerous Idea, Oxford 2013, S. 184: „You can't run a gold standard in a democracy“, unter Berufung auf Barry Eichengreen, Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, Oxford 1992.

Währungsunion unbekannt gewesen wären. Der große Soziologe und weltkundige *homo politicus* Ralf Dahrendorf, nostalgischer Gefühle gegenüber dem deutschen Nationalstaat wahrhaftig unverdächtig, wusste schon 1995, dass sich die Währungsunion als „ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet [...] weil die Wirtschaftskulturen zu unterschiedlich sind“<sup>9</sup> erweisen wird. Zu den zahlreichen, zum Teil widersprüchlichen Motiven, die in die Formelkompromisse des Vertrags über die Europäische Währungs- und Wirtschaftsunion einmündeten, gehörte der Wunsch Frankreichs und der Mittelmeerländer, die Deutsche Bundesbank mit ihrer Hartwährungspolitik – der die übrigen europäischen Regierungen, wenn sie auf den Kapitalmärkten nicht ins Abseits geraten wollten, unter Inkaufnahme hoher politischer Risiken mehr oder weniger mechanisch folgen mussten – durch eine gesamteuropäische Zentralbank zu ersetzen, deren Geldpolitik den Bedürfnissen ihrer Volkswirtschaften besser Rechnung tragen sollte. Dies war ihnen so wichtig, dass sie bereit waren, die von der Bundesbank diktierten Vertragsformulierungen zu unterschreiben, offenkundig in der Erwartung, sich in späteren Mehrheitsbeschlüssen nicht unbedingt an sie halten zu müssen.

Deutschland und den anderen exportorientierten Überschussländern dagegen ging es vornehmlich darum, durch Abschaffung der Abwertung im europäischen Innenverhältnis ihren erweiterten Binnenmarkt gegen eine durch ihre Partnerstaaten politisch herbeigeführte Verschlechterung ihrer *terms of trade* irreversibel abzusichern. Hierfür war die deutsche Regierung bereit, die Bundesbank und mit ihr ihre geldpolitische Hegemonie zu vergemeinschaften, zumal es ihr gelang, sich einzureden, dass die weniger „wettbewerbsfähigen“ Länder unter dem Druck der einheitlichen Währung „ihre Hausaufgaben machen“ und damit den Zusammenhalt der Währungsunion zu für Deutschland günstigen Bedingungen selber gewährleisten würden. Zu den Erfolgsaussichten noch einmal Dahrendorf im Dezember 1995: „Das Projekt Währungsunion erzieht die Länder zu deutschem Verhalten, aber nicht alle Länder wollen sich so verhalten wie Deutschland. Für Italien sind gelegentliche Abwertungen viel nützlicher als feste Wechselkurse, und für Frankreich sind höhere Staatsausgaben viel sinnvoller als starres Festhalten an einem Stabilitätskriterium, das vor allem Deutschland nützt.“

### **Wie die Währungsunion den Goldmännern in die Hände spielte**

Komplexer war die Interessenlage der weniger exportmächtigen Länder. Hier findet sich ein buntes Gemisch aus Hoffnungen auf eine permissivere Geld- und Fiskalpolitik, zunächst gerechtfertigt durch die schöpferische Auslegung des Maastrichter Regelwerks durch die Regierungen Schröder und Chirac, und auf strukturpolitische Anpassungshilfen oder gar Ausgleichszahlungen aus Brüssel. Ebenfalls eine Rolle spielten alte und neue

9 Vgl. dessen Interview im „Spiegel“ vom 11.12.1995.

Reformprojekte modernisierungsorientierter nationaler Eliten, denen die äußere Abwertung als Notbehelf gegen eine Verschlechterung der nationalen Wettbewerbsposition prinzipiell ein Dorn im Auge war, weil sie den jeweiligen Gesellschaften, allen voran den Gewerkschaften, „schmerzhaft Reformen“ ersparte.

In Italien wurde diese Strömung seit dem Kriegsende durch die Banca d'Italia und die Mailänder Bocconi-Universität repräsentiert.<sup>10</sup> Ihr ging und geht es um eine von oben nach unten durchgreifende Rationalisierung der italienischen politischen Ökonomie im Sinne ihrer marktkonformen „Flexibilisierung“, verbunden mit einer dauerhaften Disziplinierung der Politik durch die Logik der Märkte und einer nachhaltigen Anpassung der Sozialstruktur an die funktionalen Imperative eines liberalen Marktkapitalismus – und insgesamt um ein gründliches Ausmisten der verbliebenen Widerstandsnester gegen den Vormarsch von Marktrationalität und Marktgerechtigkeit.

Auch dies läuft heute unter „Europäisierung“; aber hier geht es statt um horizontales Zusammen- und Ineinanderwachsen um hegemoniale Vereinheitlichung: die autoritäre Durchsetzung einer kapitalistischen Monokultur, wie sie einer ihrer prominentesten Repräsentanten, der frühere Bocconi-Ökonom, EU-Kommissar, Goldman Sachs-Funktionär, von der Finanzwelt eingesetzte und von den Bürgern abgewählte, deshalb jetzt glücklicherweise ehemalige italienische Regierungschef Mario Monti ausgerechnet mit dem „deutschen Modell“ gleichsetzt. Monti am 10. Januar 2012 in einem Interview mit „Welt Online“, das nach in Italien verbreiteter Ansicht der erste Nagel in seinem wahlpolitischen Sarg war: „Wissen Sie, ich habe immer für ein Italien gearbeitet, das so weit wie möglich Deutschland ähneln soll. Ich wollte immer ein Europa des Wettbewerbs, das so weit wie möglich der Idee von sozialer Marktwirtschaft verpflichtet sein soll, die von Ludwig Erhard stammt. Sie sehen, ich empfinde sehr deutsch.“

### Latente Konflikte von Anfang an

Die mit der Währungsunion verbundenen Interessenkonflikte in den südlichen Mitgliedstaaten blieben zunächst latent. Überdeckt wurden sie durch die Anfang der 2000er Jahre eingetretene Konvergenz der nominalen Zinssätze, die den Volkswirtschaften des Mittelmeerraums einen günstigeren Zugang zu den internationalen Finanzmärkten eröffnete als jemals zuvor, noch weiter vergünstigt durch relativ hohe nationale Preissteigerungsraten. Deutschland dagegen hatte wegen seiner niedrigen Inflation mit vergleichsweise hohen Realzinsen zu kämpfen, die mit niedrigem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit verbunden waren, und galt deshalb jahrelang als Europas „kranker Mann“.<sup>11</sup> Erst die Krise von 2008 änderte das: Während im Süden

<sup>10</sup> Vgl. Blyth, a.a.O.

<sup>11</sup> Dass wir heute von der Exportindustrie und ihren Repräsentanten in Politik und Öffentlichkeit immer wieder unwidersprochen zu hören bekommen, dass „Deutschland“ der größte Profiteur der Währungsunion sei und sich deshalb bei der „Rettung“ der Finanzoligarchen nicht so anstellen soll, ist ein weiteres Beispiel für den erstaunlichen Präsentismus der politischen Öffentlichkeit.

die Schuldenpyramide wegen des Austrocknens der Kreditquellen kollabierte und entgegen den mit der Währungsunion verbundenen verschwiegene Erwartungen „der Märkte“ eine Vergemeinschaftung der Schulden ausblieb,<sup>12</sup> blühte die deutsche Volkswirtschaft aufgrund ihrer noch bis vor kurzem von „Experten“ aller Art als rückständig eingeschätzten „überindustrialisierten“ Struktur und eines durch die EWU bewirkten, für Deutschland zu niedrigen Wechselkurses auf – und natürlich nicht wegen der sogenannten Schröder-Reformen, die ja fast ausschließlich den unteren Rand des Arbeitsmarktes betrafen, der für die Exportindustrie keine Rolle spielt. In Ländern wie Italien und Griechenland dagegen scheint das neoliberale Konvergenzprogramm zu einem vorläufigen Stillstand zu kommen, infolge einer massiven Gegenbewegung der von ihm attackierten Gesellschaften, unter anderem in Form von in Brüssel und Berlin als ungehörig empfundenen Wahlergebnissen.

### Die Währungsunion und die deutschen Interessen

Wie aber erklärt sich das nibelungentreue Festhalten von Regierung und Opposition in Deutschland an der Währungsunion? Wie ist der außerparlamentarische Ökonomenstreit über deren Fortsetzung zu deuten, und wie passt ausgerechnet Jürgen Habermas zu den Verteidigern einer Institution, deren Beitrag zur friedlichen Einigung der europäischen Völker bisher darin bestanden hat, diese zu untergraben?

Für CDU und SPD, BDI und IG Metall stehen offenkundig die Exportchancen und -interessen der deutschen verarbeitenden Industrie im Vordergrund. Als öffentliches Argument wollen sie aber nicht recht taugen; schließlich sind längst nicht alle Bürger und Steuerzahler bei Mercedes oder Bayer beschäftigt, und in der Tat ein immer kleinerer Teil. Als Hauptrechtfertigung müssen deshalb die ungewissen Kosten eines Rückbaus herhalten, entweder für „uns“ bzw. „unsere“ Banken oder, in altruistischer Fassung, für die Ersparnisse der Mittel- und Oberschicht in den prospektiven Abwertungsländern. Ein Rückzug, so die Strategen der Integration durch Geld, wäre teurer als eine Flucht nach vorn. Allerdings sind auch deren Kosten nicht bekannt und sind sicher auch nicht gering – eine Rechnung mit zwei Unbekannten, deren Ergebnis für die große Koalition der Freunde der Währungsunion allerdings feststeht.

Interessant ist der außerparlamentarische Stellvertreterstreit unter unseren dem bürgerlichen Regierungs-plus-Oppositionslager nahestehenden Mainstream-Ökonomen (einen parlamentarischen Streit gibt es ja, wie inzwischen üblich, in Deutschland nicht).<sup>13</sup> Liberale Normalökonomien sollten einen internationalen Goldstandard eigentlich gut finden, weil dieser

<sup>12</sup> Wenigstens zunächst; heute wird sie von der Europäischen Zentralbank provisorisch und insgeheim durchgeführt, getarnt als Geldpolitik. Was nach der Bundestagswahl geschehen wird, steht dahin.

<sup>13</sup> Ich sehe im Folgenden von den wenigen Restkeynesianern ab, die mehr oder weniger alle den Gewerkschaften zuzurechnen sind, weshalb sie nichts zu sagen haben, und unter dem guten Zureden ihrer Sponsoren erstaunlicherweise zu Anhängern fester Wechselkurse mutiert sind.

marktkorrigierende Politik aus dem Freihandel verbannt und die beteiligten Regierungen zwingt, die von der Theorie postulierten „Marktgesetze“ zu respektieren. Im Fall der Währungsunion allerdings gab es in Deutschland schon früh Zweifel, prominent beheimatet in der Bundesbank, ob es wirklich gelingen könne, die demokratische Politik anderer Länder so zu disziplinieren, dass sie die gesellschaftlichen Folgewirkungen eines Binnenmarkts mit harter Währung widerstandslos akzeptieren würde. Beschwichtigt wurden die Zweifler zunächst durch institutionelle Vorkehrungen wie die No-Bailout-Klausel. In der Krise erwiesen sich diese jedoch als Augenwischerei.

Dennoch will die Mehrheit der deutschen Ökonomen, deutlich bemüht, der Stimmungs- und Interessenlage im politischen Zentrum Rechnung zu tragen, die Währungsunion nicht aufgeben. Allerdings macht sie dafür eine weitere Verschärfung der internationalen Kontrollen über die Fiskalpolitik der Defizitländer zur Voraussetzung.<sup>14</sup> Ihre Gegner, viele davon in der Ökonomenpartei Alternative für Deutschland (AfD), unterscheiden sich von ihnen allein dadurch, dass sie eine solche Lösung (aus ihrer Sicht bedauerlicherweise) für politisch undurchsetzbar halten. Sie befürchten, dass die Überschussländer deshalb laufend so hohe Ausgleichszahlungen an die Staaten des Mittelmeerraums werden leisten müssen, dass ihr Wohlstand darunter leidet.<sup>15</sup> Wenn Neoliberalismus aber ins (eigene) Geld geht, hat er seinen Zweck verfehlt.

Da einige meiner Rezensenten glaubten, meinen – mit wenig Hoffnung auf Verwirklichung vorgetragenen – erzkeynesianischen Vorschlag, in die Währungsunion nach dem Vorbild des Bretton-Woods-Systems ein Mindestmaß an Wechselkursflexibilität einzuführen, mit dem Programm der AfD gleichsetzen zu sollen, gestatte ich mir eine kurze Verdeutlichung. Ich halte die Zweifel der AfD daran für berechtigt, dass nationale und internationale strukturelle und institutionelle Reformen von der Art durchsetzbar wären, wie sie die neoliberalen (Noch-)Befürworter der Währungsunion für deren Funktionieren für unabdingbar halten. Anders als die AfD bedauere ich das aber nicht, sondern begrüße und hoffe es sogar, weil ich dem neoliberalen Konvergenzprogramm für ein marktgeeintes und marktgerechtes Europa alles Schlechte wünsche. Zugleich glaube ich aber, dass die dann notwendig werdenden laufenden Ausgleichszahlungen verschiedenster Art des Nordens an den Süden die „Solidaritäts“-Bereitschaft der Nordländer überfordern werden – wenn nicht die ihrer Eliten, dann jedenfalls ihrer Wähler, die die Rechnung begleichen müssen.

Ganz verdienen kann man ihnen das nicht, auch wenn man entschieden dafür ist, dass die Wohlhabenden mit den weniger Glücklichen teilen. In

14 Repräsentativ dafür Dennis Snower vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (im gemeinsamen Interview mit dem AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke) in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, 19.5.2013: „Wenn ein Staat die Regeln verletzt, wird er – automatisch – bestraft. Die Mehrwertsteuer wird automatisch angehoben, die Staatsausgaben werden automatisch mit dem Rasenmäher reduziert [...] [So] muss der Staat ähnlich wie in der Geldpolitik von einer unabhängigen Institution gezwungen werden, auf eine konstante Schuldenquote zu kommen. [...] Die Regel [...] wird von einer unabhängigen Institution implementiert, wo so langweilige Leute drinsitzen wie ich.“

15 Ähnlich auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Finanzministeriums, der dem Euro noch fünf Jahre Lebenszeit zugesteht („Die Welt“, 21.4.2013) sowie der ehemalige Chefökonom der Deutschen Bank ([www.manager-magazin.de](http://www.manager-magazin.de), 19.4.2013).



einem immer degressiver werdenden Steuersystem und angesichts der Möglichkeiten wirklich wohlhabender Organisationen und Individuen, zwischen unterschiedlich anspruchsvollen Steuerwelten zu wählen, steht zu erwarten, dass für die innereuropäische Solidarität im Wesentlichen diejenigen aufzukommen hätten, denen zugleich zum Zweck der Haushaltskonsolidierung die Renten, Sozialleistungen und Bildungsinvestitionen gekürzt werden. Auch werden die Regierungen des Nordens ihr finanzielles Wohlergehen gegenüber denen des Südens davon abhängig machen, dass diese ihre Völker wenigstens ab und zu durch die neoliberale Mangel drehen, nach Maßgabe von der EZB und anderen zu formulierender *memoranda of understanding*. Während es der AfD also wesentlich um „unser“ Geld geht, geht es mir darum, den Ländern des Mittelmeerraums jahrzehntelange weitere griechische oder spanische Erfahrungen unter deutscher Oberaufsicht und den Deutschen die daraus entstehenden schweren Ungemütlichkeiten zu ersparen.

### Die Währungsunion als Programm einer Zwangsvereinheitlichung

Die wahrscheinlichste Aussicht auf Politik und Gesellschaft in einer Währungsunion ohne Währungsflexibilität ist ein zwischenstaatlicher Dauerkonflikt über das Ausmaß sowohl des den Südländern abzurufenden Souveränitätsverzichts als auch des von den Nordländern zu leistenden Finanzausgleichs – im einen Fall für den Süden zu viel und den Norden zu wenig, im anderen umgekehrt.<sup>16</sup> So wird zum Schaden des europäischen Friedens beiden Seiten der eigene Beitrag zur Währungsunion zu hoch und der der Gegenseite zu niedrig erscheinen. Die real existierende Währungsunion wird als neoliberale Wirtschaftsordnung durch demokratische Politik im Süden und als internationaler Wohlfahrtsstaat durch demokratische Politik im Norden ständig destabilisiert werden. Die Folge kann nur eine weitere Enteuropäisierung der europäischen Politik sein, zusammen mit einer imperialistischen Aufteilung der Mitgliedsländer der Europäischen Union in herrschende und beherrschte, entlang der Grenzen zwischen unterschiedlichen Sozialstrukturen und Wirtschaftskulturen.

Die Währungsunion erscheint somit als ein Programm zur Zwangsvereinheitlichung der Wirtschafts- und Lebensweisen der europäischen Völker, das diese gegeneinander aufbringt und sie politisch in Nationalstaaten erster und zweiter Klasse auseinanderdividiert. In ihr kulminiert die europäische Variante der neoliberalen Immunisierung expandierender kapitalistischer Märkte gegen egalitär-interventionistische demokratische Politik, wie sie nach dem Ende der Nachkriegsordnung des demokratischen Kapitalismus zu einem weltweit dominierenden Trend geworden ist. Die gegenwärtig unter dem Vorwand des „Krisenmanagements“ durchgesetzten institutionellen

16 Die deutsche Exportindustrie könnte damit vermutlich noch am ehesten leben. Die Weiterführung der Währungsunion würde bedeuten, dass das von anderen Staaten geforderte Eintrittsgeld in ihre Märkte vom deutschen Steuerzahler entrichtet würde, statt, wie bei einer Abwertung, von ihr selber in Gestalt niedrigerer Umsätze.

„Reformen“ auf nationaler wie europäischer Ebene drohen, handstreichartig eine Hayekianische Wirtschaftsverfassung zu etablieren und jeden Ausweg aus dieser kunstvoll zu versperren.

### Habermas, Deutschland und die europäische Demokratie

Wie kann es sein, dass jemand wie Jürgen Habermas uns rät, an einem derartig monströsen Gebilde festzuhalten, dem selbst dessen treueste ökonomische Parteigänger nur dann eine Überlebenschance einräumen, wenn es durch „Reformen“ noch monströser würde? Ich vermute, dass dahinter die Annahme steht, dass eine Entwicklung wie die von mir vorhergesagte für die Nationalstaaten und ihre Bürger auf die Dauer so schmerzhaft sein wird, dass sie gar nicht anders können werden, als sie durch Übertragung nationaler demokratischer Kompetenzen „nach oben“ zu beenden, bei gleichzeitiger Demokratisierung der europäischen Institutionen, als eine hier und heute, im Zeitraum einer erweiterten Gegenwart (sagen wir: in den vier Jahren nach der kommenden Bundestagswahl) praktisch realisierbare Option.

Nun sind Fakten, wie ich sie in „Gekaufte Zeit“ ins Feld geführt habe und hier wieder führen werde, verglichen mit Visionen typisch trivial, wenn nicht hässlich, so dass man sich denn auch leicht schäbig vorkommt, wenn man sie überhaupt nur erwähnt. Möglicherweise argumentiert man dabei ja auch tatsächlich auf einer anderen Ebene, und der Visionär tut recht, wenn er die Fakten, die gegen seine Vision sprechen, ignoriert: kann doch mitunter das Ausmalen des Wünschenswerten als möglich dasselbe auf dem Umweg über eine vom Charisma des Ausgemalten bewirkte politische Mobilisierung möglicher machen. Und selbst wenn das nicht funktioniert, hat visionäre Rhetorik immer noch den taktischen Vorteil, allfällige Verweise auf die Widerständigkeit der Welt ebenfalls als Rhetorik erscheinen zu lassen, und zwar als kleingläubige oder böswillige, eingesetzt zur Obstruktion des Wünschbaren und seiner Möglichkeit. Vor allem wenn dabei die Warnung vorgebracht wird, um einer Taube auf dem Dach willen nicht auf den Spatz in der Hand zu verzichten, bietet sich eben als Strategie die Diagnose einer die klare Sicht vernebelnden „Nostalgie“ an – wie im vorliegenden Fall.

Ich möchte im Folgenden anders verfahren und die Position, die ich für falsch halte, zunächst so stark wie möglich machen, um sie dann zu kritisieren. Das systematischste Argument, weshalb man um der Demokratisierung Europas willen an der Währungsunion festhalten sollte, liefert die aus den 60er Jahren stammende, nach wie vor in vielen Köpfen, wenn auch oft nur im Hintergrund derselben, präsente neofunktionalistische Integrationstheorie. Sie unterstellt, vereinfacht formuliert, dass vermittelt über sachliche Funktionszusammenhänge die Europäisierung eines Sektors oder Politikbereichs mit der Zeit zwangsläufig zur Europäisierung anderer, angelagerter Sektoren oder Politikbereiche führen muss.<sup>17</sup>

17 Der *terminus technicus* ist „spillover“, und der *locus classicus* ist Ernst Haas, *The Uniting of Europe*, Stanford 1958.

Darüber, ob und in welcher Hinsicht dies zutreffen könnte und seit wann möglicherweise nicht mehr, ist oft gestritten worden. Ein nicht weit zurückliegender Fall, in dem eine neofunktionalistische Versprechung sich als trügerisch erwiesen hat, war die von Jacques Delors als Hauptprojekt seiner zwei Amtszeiten als Kommissionspräsident betriebene sogenannte Vollendung des Binnenmarkts. Skeptiker auf der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Seite, von denen es einige gab, bekamen von Delors zu hören, dass ein Markt ohne „soziale Dimension“ auf die Dauer nicht funktionieren könne, da er der Legitimation bedürfe und man, so Delors, einen Markt anders als einen Sozialstaat nicht „lieben“ könne. Deshalb könne man bei der Integration Europas ohne Sorge mit der Durchsetzung freier Märkte beginnen: Ihre soziale Einbettung werde nicht lange auf sich warten lassen. Wie sich bald zeigte, kann ein Markt aber, anders als die meisten Menschen, sehr gut funktionieren, ohne dass er geliebt wird. In der Tat wird in Brüssel heute, nach dem völligen Scheitern aller Versuche, auf europäischer Ebene einen gemeinsamen Binnenmarkt flankierende und modifizierende gemeinsame Sozialpolitik zu installieren, der Begriff „soziale Dimension“ gemieden wie die Pest.

Ein in der Fachdiskussion gut bekanntes Problem der neofunktionalistischen Integrationstheorie ist, dass jenseits einer bestimmten Eindringtiefe des Integrationsprozesses in die nationalen Systeme sachlich-technische Zusammenhänge für die Fortsetzung der Europäisierung nicht mehr ausreichen. Stattdessen kommt es zu einer „Politisierung“: zu politischen Gegenbewegungen, die weitere Integrations Schritte von günstigen Konsens- und Machtverhältnissen abhängig machen. Auch eine noch so rückbauschere Währungsunion würde dann eben nicht „von alleine“ zu einer politischen Union fortschreiten. Ich glaube, dass Habermas die Notwendigkeit eines Einbaus von *agency*, von politischen Akteuren, in eine realitätstüchtige neofunktionalistische Integrationstheorie durchaus erkannt hat. Seine Lösung scheint mir zu sein, dass er versucht, der deutschen Politik ein nationales Interesse an europäischer Demokratisierung einzuschreiben und einzureden,<sup>18</sup> wobei er unterstellt, dass Deutschland, wenn es denn den Willen zu einer aufgeklärt-selbstinteressierten Europapolitik hätte, diese auch durchsetzen könnte.

Die „Erzählung“<sup>19</sup>, die dabei aufgerufen wird, ist die klassisch bundesrepublikanische – in der Fassung von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl –, von einem Deutschland, das zu klein ist, um von seinen Nachbarn gefürchtet, und zu groß, um von ihnen geliebt zu werden, und das sich deshalb um seiner selbst willen in ein größeres Europa eingliedern und in ihm aufgehen muss.

18 Vgl. Jürgen Habermas, Demokratie oder Kapitalismus? A.a.O.

19 Schon in der Ausbreitung dieses bekanntlich aus dem Sozialkonstruktivismus stammenden Begriffs im herrschenden Jargon unserer „Europapolitiker“ – von Merkel bis ausgerechnet Trittin und Steinbrück, denen eine Vorliebe fürs Weiche bisher nicht nachgesagt werden konnte – liegt ein bemerkenswert offenes Eingeständnis, dass alles, was man den nationalpolitisch zu entmachtenden Wahlvölkern „europapolitisch“ noch bieten kann und will, eine neue, auf die Herzen zielende PR-Strategie ist. Wie sehr man im Übrigen aufpassen muss, eine solche Story halbwegs fleckenfrei über die Runden zu kriegen, zeigt der in Kürze im „Merkur“ erscheinende Artikel von Rainer Hank, Wir Europäer: Nach der verlorenen Unschuld; vgl. auch das bemerkenswerte Interview von Hans Joas in der „FAZ“, in dem dieser vor einer „Sakralisierung Europas“ warnt, Mich schaudert das Tremolo in den Europa-Reden, www.faz.net, 6.10.2012.

Interessenvertretung fällt so zusammen mit Interessenverzicht und hebt sich damit selber auf. Anders gesagt: Deutschland braucht die Währungsunion, oder kann jedenfalls nicht mehr hinter sie zurück, ohne dass es sie jedoch regieren und zusammenhalten könnte. Regiert werden muss sie aber, wenn nicht durch Deutschland, dann eben durch sich selber. Deutsche Hauptsache ist, dass „Europa“, mit Angela Merkel, nicht „scheitert“, auch um den Preis anderer deutscher Interessen, weil sonst das antideutsche europäische Gequengel nicht enden und das ganze alte Theater wieder losgehen wird. Wäre das nicht das einzig richtige Programm für eine ganz große Koalition der Vernünftigen nach dem 22. September?

### **Demokratie auf dem Trittbrett**

Unordentlich und eigensinnig wie die Welt ist, kommt in ihr nur allzu oft nicht zustande, was dem engagierten Betrachter als praktisch nötig oder gar logisch notwendig erscheint. Kann das Projekt einer supranationalen europäischen Demokratie tatsächlich auf dem Trittbrett der Währungsunion mitfahren, dabei strategisch deren Irreversibilität behauptend – in der Hoffnung, dass die deutsche Regierung sich irgendwann gezwungen sehen wird, ihm das Kommando zu übertragen? Das würde voraussetzen, dass diese bereit wäre, den von ihren Wählern zu entrichtenden Preis für den Fortbestand der Währungsunion in einem europäischen Parlament durch eine Dauermehrheit von Abgeordneten aus Empfängerländern beschließen zu lassen – und sich damit der Möglichkeit zu begeben, ihn sowohl auszuhandeln als auch vor den Wählern zu verstecken.

Aber wer wird einer Wählerschaft höhere Ausgleichszahlungen als die bereits geleisteten und vereinbarten zumuten, der man schon mannigfache neoliberale „Strukturreformen“ nebst einer verfassungsmäßig verewigten Haushaltskonsolidierung zugemutet hat und weiter zumuten will? Eine Regierung, die ernsthaft von deutscher auf europäische Demokratie umschalten wollte, müsste spätestens in vier Jahren am Ziel sein und deutsche durch europäische Wahlen abgelöst haben, wenn gerade verhindert werden oder folgenlos bleiben soll, was Habermas sich schon für die kommende Bundestagswahl am 22. September 2013 gewünscht hat: nämlich ein dramatischer Stimmenzuwachs für Parteien wie die Alternative für Deutschland.<sup>20</sup>

### **Ein neuer europäischer Gründungsakt**

Was Habermas und anderen vorschwebt, die auf eine Lösung der europäischen Krise durch eine europäische demokratische Wende hoffen, wäre

<sup>20</sup> Von dem Habermas sich 2013 einen Anstoß vor allem für die deutsche Linke erhofft, endlich das europapolitische demokratische Programm, das er von dieser erwartet, gegenüber den Wählern offenzulegen und durchzusetzen. Die Erfahrung sollte vermuten lassen, dass die Wirkung eine ganz andere, nämlich die umgekehrte wäre.

nichts Geringeres als ein neuer europäischer Gründungsakt, eine Neugründung mehr oder weniger *ab ovo*, damit ein Sprung aus der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte, der die in Europa gewachsenen supranationalen Institutionen durch revolutionären Beschluss innerhalb derselben fundamental umkrepeln würde – als ob das, was ist und geworden ist, nicht machtvoll mitreden würde, wenn es darum geht, was in Zukunft aus ihm werden soll. Habermas spielt dieses Problem herunter; bei ihm sieht es so aus, als müsse lediglich die Währungsunion mit ihrer sich gelegentlich zur Troika erweiternden Europäischen Zentralbank und ihren diversen wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierungs- und „Durchregierungs“-Instrumenten durch einen gleichgewichtigen Dualismus von Rat und Parlament bei Umwandlung der Kommission in eine supranationale Exekutive „ausgebaut“<sup>21</sup> werden – dieselbe Währungsunion also, die gegenwärtig zu nichts anderem dient als zur Abschaffung ebenjener politischen Fähigkeit zur Korrektur von Marktgerechtigkeit, deren Wiederherstellung sich Habermas von ihrer supranationalen Demokratisierung erhofft.

Wie aber kann, was nichts weniger wäre als eine Revolution, durch Reformen im Rahmen institutioneller Kontinuität erreicht werden? Wer würde denn dem Konvent angehören, der den Ausstieg aus der Gegenwart und den Einstieg in eine bessere Zukunft beschließen müsste, wenn nicht die ewigen Giscard, van Rompuys, Barrosos, Junkers e tutti quanti – die Repräsentanten derselben politischen Klasse also, die schon den letzten „Verfassungs“-Konvent an die Wand gefahren hat, nachdem „Visionäre“ wie Josef Fischer rechtzeitig ihr Interesse an ihm verloren hatten?

Ist es nur kleingläubig, wenn man daran erinnert, dass nach Lage der Dinge und Verträge jede Um- oder Neugründung der Europäischen Union von jedem Mitgliedsland ratifiziert werden müsste, also auch von Großbritannien, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden, von denen mindestens zwei an umfangreichen Katalogen von Forderungen nach Renationalisierung von in der Vergangenheit europäisierten Kompetenzen arbeiten? Ist es nur phantasielos, wenn man insistiert, dass angesichts der Heterogenität der europäischen Gesellschaften und ihrer Ökonomien jede von jedem heute denkbaren Konvent ausgehandelte europäische Demokratie nur eine Konsensdemokratie, eine *consociational democracy* sein könnte<sup>22</sup>, mit einer nur für Experten überschaubaren Vielzahl und Vielfalt von Minderheitsrechten und Schutzklauseln, vor allem in ihrer Finanzverfassung – vorausgesetzt, dass überhaupt eine zustande käme? Darf man fragen, ob es in Europa heute auch nur eine einzige Regierung gibt, die den Willen oder gar das Mandat hätte, sich selbst und ihresgleichen als „Herren der Verträge“ abzusetzen und eine Verfassung zuzulassen, die mehr wäre als ein weiterer „Verfassungsvertrag“ – etwa Irland, das die Europäische Union liebt, weil es durch seine Aufnahme in diese erstmals völlig souverän geworden ist und

21 Jürgen Habermas, *Demokratie oder Kapitalismus?* A. a. O., S. 61.

22 Das heißt aber: eben keine nach klassenpolitischen Lagern organisierte Mehrheitsdemokratie wie sie noch immer einigen europäischen Nationalstaaten eigen ist. Vgl. Arend Lijphart, *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven und London 1999.

das selbst nach seiner (vorläufigen) europäischen „Rettung“ nicht im Traum daran denkt, sein Steuersystem und sein Unternehmensrecht, von seinem Datenschutzrecht ganz zu schweigen, auf eine „europäische“ oder gar deutsche Linie zu bringen? Oder Länder wie die baltischen Staaten, die der EU sicherlich nicht deshalb beigetreten sind, um ihre nationale Unabhängigkeit, für die sie jahrzehntelang gekämpft und gelitten haben, bei einer anderen Zentralregierung, diesmal in Brüssel statt in Moskau, wieder abzugeben?

### **Europäische Fassadendemokratie**

Tatsächlich aber ist dies nur das minderschwere Problem. Auch eine noch so demokratische supranational-europäische Demokratie wäre nämlich wertlos, wenn das Verhältnis zwischen ihren Institutionen und den Märkten, insbesondere den Finanz- und Arbeitsmärkten, zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Demokratie und Kapitalismus so bliebe, wie es in den letzten Jahrzehnten geworden ist (und wie unter anderen ich es beschrieben habe). Wenn ein europäisches Staatsvolk zwischen, sagen wir, einem Martin Schulz und einem José Manuel Barroso wählen dürfte, wie direkt auch immer, ohne dass zugleich ein fundamentaler Umbau der institutionellen Architektur der Währungsunion im Fünfeck von Rat, Parlament, Kommission, EZB und EuGH stattfände, wäre überhaupt nichts gewonnen.

Was dann als „europäische Demokratie“ figurierte, mit Parlament, Regierung, Öffentlichkeit und was immer, wäre nichts als eine den nationalen Postdemokratien von oben aufgelegte weitere postdemokratische Lähmschicht. Regieren würden nach wie vor Herr Draghi und seine Finanztechnokraten, zusammen mit ihren von ihnen freizügig mit öffentlichem Geld „versorgten“ lebenslangen Freunden aus der privaten Geldindustrie, eine Kamarilla, die sich faktisch wie rechtlich jede Einmischung populär-demokratischer Politik in ihre inneren Angelegenheiten verbitten könnte und würde. Ihr „Reformprogramm“ – die Ersetzung des archaischen Klientelismus Siziliens oder Griechenlands durch den postmodernen Klientelismus des neuen Finanzkapitals – ginge unverändert weiter. Umso erstaunlicher ist, wie auch die Gutwilligen unter den deutschen Anhängern der Währungsunion den Süd- und Ostländern ebenjene neoliberale Wirtschaftsordnung als reformatorischen „Modernisierungs“-Fortschritt in Richtung auf mehr soziale Gerechtigkeit andienen bzw. durch Draghi & Co. per „Durchregieren“ aufzwingen lassen wollen, die in ihrem eigenen Land längst zur Abkoppelung der Masseneinkommen vom Produktivitätsfortschritt und zu kontinuierlich ansteigender sozialer Ungleichheit geführt hat.

Postdemokratisch sterilisierte Wahlen sind das Papier nicht wert, auf das die Stimmzettel gedruckt werden. In meinem Buch habe ich den sich abzeichnenden neuen, Hayekianischen Kompromiss zwischen Demokratie und Kapitalismus beschrieben, der darin besteht, dass Letzterer gegen Erstere immunisiert wird. Neoliberaler Kapitalismus und elektorale Demokratie können nämlich auch dann friedlich zusammenleben, wenn es gelingt,

die Demokratie ihrer Fähigkeit zu egalitärer politischer Intervention in das „freie Spiel der Marktkräfte“ zu entkleiden.

### **„Globalisierung“: Von der Einbettung von Märkten in Staaten zur Einbettung von Staaten in Märkte**

Ein Grund, weshalb es in der nahen Vergangenheit politisch geboten erschien, Politik im Hayekschen Sinn inhaltlich zu entleeren, war die sogenannte Globalisierung: die Ablösung der Einbettung von Märkten in Staaten durch die Einbettung von Staaten in Märkte.<sup>23</sup> Der anschwellende *cantus firmus* eines Teils der derzeitigen politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion über die Unvereinbarkeit von Globalisierung und Demokratie<sup>24</sup> – gemeint ist natürlich nur deren nicht-sterilisierte Spielart – bezieht seinen Wahrheitsgehalt aus den mannigfachen externen Effekten, denen politische Gemeinschaften ausgesetzt sind, deren Märkte nicht an ihren Grenzen enden. Habermas und andere, die bei mir einen Hang zur „Kleinstaaterei“ – zum Rückzug in die „nationalstaatliche Wagenburg der 60er und 70er Jahre“ bzw. hinter eine politisch-ökonomische „Maginotlinie“ – diagnostizieren, scheinen zu glauben, dass ein europäischer Großstaat groß genug sein könnte, um sich dem Anpassungsdruck „der Märkte“ entgegen- und egalitäre Demokratie wiederherstellen zu können. Worauf sich die optimistischen Erwartungen an das stützen, was man als Retourkutsche getrost Großstaaterei nennen darf, entzieht sich mir. Die USA, Japan, China und die jüngst so gefeierten BRICS, von Bangladesch und Myanmar zu schweigen, sind wahrhaftig Manns genug, um in einer „globalisierten“ Ökonomie neoliberalisierende externe Effekte in Hülle und Fülle zu produzieren, für ein Europa mit Euro und volksgewähltem Rats- und/oder Kommissionspräsidenten ebenso wie für eins ohne. Und um zu sehen, dass auch ein noch so großer Großstaat sich erfolgreich auf Marktanpassungszwänge berufen kann, um die normalsterbliche Mehrheit seiner Bevölkerung demokratisch wie wirtschaftlich zu enteignen, muss man nicht weiter reisen als in die Vereinigten Staaten.

Bei der Polemik gegen „nostalgische Kleinstaaterei“ wird unterstellt, dass kleine Staaten mit eigenen Währungen weniger gut „funktionieren“ als große, oder als kleine ohne eigene Währung. Auch das kann man getrost bezweifeln; man vergleiche nur Dänemark oder Schweden, die von der internationalen Spekulation seit Jahrzehnten in Ruhe gelassen werden, mit Griechenland oder Portugal. Ein anderer Unterton, der sich interessanterweise zunehmend auch bei deutschen Progressiven findet, suggeriert, dass

23 Apropos nationalstaatliche Nostalgie: Immerhin vor anderthalb Jahrzehnten habe ich in der Einleitung eines von mir herausgegebenen Bandes auf die schon damals in Gang befindliche, aber noch weithin ignorierte oder heruntergespielte Entleerung demokratisch-nationaler Politik durch die „Globalisierung“ hingewiesen, vgl. Wolfgang Streeck (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie, Frankfurt a.M. 1998.

24 Vgl. als Beispiel Daniel A. Bell, *Beyond Liberal Democracy: Political Thinking for an East Asian Context*, Princeton 2006.

„Europa“ sich nur dann „in der Welt behaupten“ könne, wenn es groß und stark genug sei, um den USA oder China Paroli zu bieten – oder in der Sprache Max Webers, dass Europa, wie Deutschland am Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht nur die Wahl hat, sondern sogar um der Wahrung seiner besonderen „kulturellen“ Werte willen verpflichtet ist, zu einem „Machtstaat“ zu werden.<sup>25</sup> Mir kommen solche Vorstellungen ebenso realitätsfern wie schädlich vor. Soll „Europa“ mit den USA, deren Rüstungshaushalt größer ist als der aller anderen Staaten zusammen, militärisch konkurrieren, damit „wir“ „uns“ wie diese den Zugang zu Ölquellen und Krediten freischießen können? Das würde schon daran scheitern, dass weder Frankreich noch Großbritannien ihre Atomwaffen an ein Europa abgeben würden, in dem Deutschland eine führende Rolle zu spielen hätte. Statt den Ausweg aus der Klein- in der Großstaaterei zu suchen, sollte man mindestens den Versuch machen, die typische Zersplitterung Europas als Aufforderung zu einer nicht-zentralistischen Antwort auf die „Globalisierung“ zu nutzen. Oder steht schon fest, dass die USA oder China die politische Organisationsform der Zukunft sind?

### Schon wieder und immer noch: Demokratie und Kapitalismus

Anders als Habermas glaube ich, dass wir nicht sinnvoll über die Zukunft der Demokratie, in Europa und anderswo, sprechen können, ohne zugleich über die des Kapitalismus zu sprechen – in anderen Worten, dass wir Demokratietheorie nicht ohne politische Ökonomie betreiben können. Als der einsichtige Sozialdemokrat, der ich lange war, konzidiere ich mit erschrockenem Staunen, dass die wirklich wichtigen Fragen heute noch am ehesten im Umkreis von Bewegungen wie Attac gestellt werden: Fragen danach, wie die Globalisierung so zu- oder auch, *horribile dictu*, zurückgeschnitten werden kann, dass sie mit demokratisch-egalitärer Politik vereinbar ist – statt danach, wie Demokratie selbst entweder globalisiert oder entdemokratisiert werden muss, um den von globalen „Märkten“ ausgehenden „Sachzwängen“ gerecht zu werden.

Gegenüber den Menschheitsproblemen, die sich hinter Fragen dieser Art erkennen lassen, und den aus ihnen resultierenden Aufgaben erscheinen die Abkehr von europäischer „Kleinstaaterei“ und die Umerziehung der Bürger der europäischen Staaten zu europäischen Bürgern eher wie ein Kinderspiel, und noch dazu wie eins aus sehr alter (Kohl-)Zeit: Aufgaben, die auf nichts weniger hinauslaufen und hinauslaufen dürfen als auf die Zähmung globaler Finanzmärkte durch vorsorgende Unterbrechung transnationaler epidemischer Ansteckungswege, und insgesamt auf die Domestizierung einer Wirtschaftsweise, die immer höhere Schuldenberge produzieren muss, um immer niedrigeres Wirtschaftswachstum bei immer ungleicherer Verteilung hervorzubringen.

25 Vgl. etwa Max Weber, *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen 1988 [1921], S. 142-145.



## Europäische Integration – ein unmodern gewordenes Modernisierungsprojekt

Nicht zuletzt als Folge der Diskussion um mein Buch hat sich bei mir der Verdacht eingenistet, dass wir es bei der europäischen Integration, so wie sie spätestens seit Jacques Delors betrieben wurde, mit einem unmodern gewordenen Modernisierungsprojekt zu tun haben, das den letztmöglichen Zeitpunkt seiner Demokratisierbarkeit längst verpasst hat. Sollten wir wirklich unter hohen Kosten mit dem Euro ein zentralisiertes *fiat money*-Geldsystem aufrechterhalten wollen, das die europäischen Nationalstaaten, immer noch die politischsten unter den europäischen Institutionen, aus der europäischen politischen Ökonomie ausschaltet und ihre Gesellschaften einem alle über einen Leisten schlagenden Vereinheitlichungsdruck aussetzt? Sollen wir uns dabei darauf verlassen, dass eine die Märkte korrigierende europäisch-demokratische Politik irgendwie in letzter Minute, die ja schon bald gekommen sein könnte, wie der sprichwörtliche Gott aus der Kulisse auf die Bühne treten und die Dinge zum Guten wenden wird? Ich kann beim besten Willen nicht sehen, woher – aus welcher Theorie oder historischen Erfahrung – ich den hierfür nötigen Optimismus beziehen soll. Was ich stattdessen sehe, ist, wie überraschend gut sich die übrig gebliebenen nationalen Institutionen Europas als Verteidigungslinie in dem 2008 von der Techno- und Monokratie gegen die europäischen Völker entfesselten Blitzkrieg bewährt haben.<sup>26</sup> Demokratische Wahlen haben die von den Finanzmärkten und dem ihnen ergebenen europäischen Imperium eingesetzten Inkassobeamten Monti und Papademos ihrer Ämter enthoben. Das deutsche Verfassungsgericht hat dafür gesorgt, dass wenigstens einige Abgeordnete des deutschen Parlaments die Dokumente über die Rettungsschirme nachlesen durften, die sie dann abzunicken hatten. Das Aufkommen einer Partei wie Syriza hat den Preis, den die kleinen Leute Griechenlands für die Extravaganzen ihrer Regierungen und deren Sponsoren in Brüssel und New York zu zahlen haben, wenigstens ein bisschen gedrückt. Die Occupy-Bewegung hat wenigstens zeitweise Banken und Regierungen daran erinnert, dass die meisten Menschen eine andere Sprache sprechen als den *Technospeak* des Finanzsystems. Wiederum das Bundesverfassungsgericht, gemobbt von den um ihr Terrain fürchtenden Europarechtlern, hat wenigstens für ein, zwei Verhandlungstage den Schleier der Presseerklärungen gelüftet, hinter dem die Europäische Zentralbank ihre „autonomen“ Beschlüsse fasst und verbirgt usw. usw. Auch Wahl-, Streik- und Demonstrationsrecht sind in Europa immer noch nur auf nationaler Ebene verankert; wann und ob sie jemals auf die europäische Ebene gelangen werden, ist völlig unklar – und man erinnere sich daran, dass der Europäische Gerichtshof bereits begonnen hat, jedenfalls das Streikrecht als sekundär gegenüber den „vier Freiheiten“ des Binnenmarkts zu definieren.<sup>27</sup>

26 Habermas sieht das durchaus auch; vgl. das von ihm erwähnte Beispiel Portugals. Umso erstaunlicher seine Kritik an meiner angeblichen nationalstaatlichen Nostalgie.

27 Vgl. Martin Höpner und Armin Schäfer, A New Phase of European Integration: Organized Capitalism in Post-Ricardian Europe, in: „West European Politics“, 2/2010, S. 344-368.

Was ich in meinem Buch über den Wert dieser und anderer nationaler Institutionen einzig gesagt habe, ist: Wenn wir sie nicht hätten – auch wenn sie so, wie sie sind, zu langfristig konstruktiven Antworten auf die Krise des Kapitalismus der Gegenwart nicht in der Lage sein mögen – wenn wir sie nicht hätten, dann wäre das Projekt einer demokratischen politischen Ökonomie in Europa heute nicht so notleidend, wie es ist, sondern es wäre schon längst mausetot.

### Zeit gewinnen

Zeit gewinnen, wenn man sie schon nicht kaufen kann – das war die Essenz der letzten Seiten meines Buches. Und nur so war mein Vorschlag gemeint, jetzt nicht die einzigen Positionen aufzugeben, von denen aus sich der Vormarsch des neoliberal-supranationalen Leviathan noch, wenn vielleicht nicht beenden, so doch verlangsamen ließe. Immer geht es mir darum, die klar als solche bezeichneten Ruinen der nationalstaatlichen sozialen Demokratie der Nachkriegszeit als Barrikaden gegen den technokratischen Fortschritt um- oder nachzunutzen, im besten Fall für den kumulativen Aufbau von harten „restriktiven Bedingungen“<sup>28</sup> für die Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, Bedingungen, die diesmal nicht aus Markt-, sondern aus Lebensweltzwingen bestehen würden. Muss ich noch einmal sagen, dass dies nur ein subversiver Notbehelf sein kann und dass der Nationalstaat als politische Organisationsform die postkapitalistische politische Ökonomie nicht tragen können, die wir brauchen werden und irgendwie verwirklichen müssen?

Wie diese aussehen wird, wer weiß das schon? Sicher aber bin ich mir, dass das Projekt der Draghi, Barroso, Schäuble und anderer als Vehikel ihrer Verwirklichung denkbar ungeeignet ist: Die einzige Richtung, in die es fahren kann, ist die Gegenrichtung. Was aber spricht dann gegen Manifestationen bürgerlichen Ungehorsams, die sich einer technokratischen Politik widersetzen, die dabei ist, sich ihrer Gehorsamspflicht gegenüber den Bürgern zu entledigen? Wünschen wir Griechen, Italienern, Spaniern und anderen, dass ihnen gelingt, woran die Deutschen durch ihr eigenartig nationaltypisches Amalgam von Exportinteressen und Euroidealismus gehindert werden – nämlich Zeit zu gewinnen für eine Demokratisierung der europäischen politischen Ökonomie, die es wert wäre, als solche bezeichnet zu werden.

28 Der Ausdruck stammt ursprünglich von Otto Kirchheimer, vgl. ders., Herrschaft, Klassenverhältnisse und Schichtung. Referat auf dem Soziologentag 1968, in: Joachim Bergmann, Gerhard Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl und Claus Offe (Hg.), Verhandlungen des Deutschen Soziologentags, Stuttgart 1969, S. 67-87.